

ZEIT FÜR GRÜN



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

DEZEMBER 2022

Bündnis 90/Die Grünen zu aktuellen Themen



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind am Ende des Jahres 2022 angekommen und blicken zurück. Die Coronapandemie hat uns zwar weiter begleitet, jedoch viel von ihrem Schrecken verloren. Dennoch war das Jahr 2022 von Krisen geprägt: Die Folgen des schrecklichen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine sind für die Menschen dort dramatisch. Unsere Bürger*innen belasten Energieknappheit und stark steigende Verbraucherpreise.

Im Dezember regiert die Ampelkoalition seit einem Jahr. Es war ein Jahr des Regierens inmitten weltweiter multipler Krisen. Die Koalitionäre hatten und haben weiter die Aufgabe, aufzuholen, was zuvor nicht nur jahrelang versäumt, sondern zum Teil aktiv verhindert worden war – und das nicht nur beim Klimaschutz.

Auch in der Kommunalpolitik wird es nicht einfacher: Steigende Kosten werden die Gemeinde wieder in ein Haushalts-sicherungskonzept führen. Der Rat muss daher entscheiden, ob die Grundsteuer erhöht werden muss und wo wir sparen können. Wir werden außerdem die Aufgabe bekommen, ein Gymnasium zu gründen. Gleichzeitig müssen und wollen wir uns noch mehr für eine klimaneutrale Gemeinde stark machen, also auch mehr für den ÖPNV und den Radverkehr tun.

Allerdings haben wir auch Einiges erreicht: Der Einstieg in die klimaneutrale Gemeinde ist durch uns angestoßen worden. Die Diskussion über unsere Radinfrastruktur ist entfacht worden. Baugebiete werden zwar immer noch erschlossen, aber der Schritt in eine ökologische Ausrichtung ist geschafft. Nicht zuletzt wurde auch die Arbeit auf unserer Streuobstwiese mit einer reichen Ernte belohnt.

Wir danken daher allen, die an unseren erfolgreichen Ergebnissen mitgearbeitet haben.

Wir Grüne in Alfter halten es für wichtig, über lokalpolitische Themen und Initiativen mit unserer Zeitung zu informieren. Alle Themen und Vorhaben, die zurzeit für uns wichtig sind, haben wir in dieser Zeitung für Sie zusammengefasst.

Wir wünschen Ihnen allen eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Übergang in 2023. Aber vor allen Dingen:

Bleiben Sie gesund und zuversichtlich

**Michael Schroerlücke und
Wilhelm Windhuis**

Gymnasium Alfter – GRÜNE für gute Bildung und solide Finanzierung

Bildung hat Priorität

Der Gemeinderat Alfter hat am 23.06.2022 einstimmig beschlossen, dass in Alfter zum Schuljahr 2023/24 ein Gymnasium gegründet werden soll. Die aktuelle Schulentwicklungsplanung und eine Elternbefragung in den Alfterer Grundschulen zeigen, dass diese Entscheidung notwendig ist, um den Bedarf an Gymnasialschulplätzen in unserer Region decken zu können. Viele Jahre haben wir davon profitiert, dass unsere Kinder und Jugendlichen die Schulen in den Nachbarkommunen, allen voran in Bonn, besuchen konnten. Doch auch dort sind die Kapazitäten seit langem knapp und so muss nun auch die Gemeinde Alfter handeln. Alfter ist zudem durch die umfangreiche Sanierung der ehemaligen Hauptschule gut vorbereitet, in die in den letzten Jahren bereits viel investiert wurde. Auch bevor die nötigen Erweiterungen des Gymnasiums Alfter fertiggestellt sind, können die Schülerinnen und Schüler der ersten Jahrgänge hier unter hervorragenden Bedingungen lernen.

Auch in Zeiten mit angespannter Finanzlage hat Bildung für uns Grüne Priorität. Daher haben wir uns im Rat der Gemeinde Alfter immer für Investitionen in Kindergärten, Schulen und den Offenen Ganztags eingesetzt. Dies gilt auch für das Gymnasium Alfter. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bekennt sich eindeutig zur Entscheidung für das Gymnasium. Gleichzeitig ist es aber wichtig, angesichts der anstehenden langfristigen und schwerwiegenden Entscheidungen den weiteren Prozess der Schulgründung kritisch und konstruktiv zu begleiten.

Keine Abenteuer – Einsparpotentiale beim Schulbau erkennen und nutzen!

Die Bezirksregierung Köln stimmt der Schulgründung nur zu, wenn die Gemeinde Alfter deren Haushaltsverträglichkeit nachweist. Um hierzu zunächst die Kosten beziffern zu können, beauftragte die Gemeinde das Bonner Architekturbüro Beyss mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie, der zufolge die Schulerweiterung der Gemeinde eine enorme finanzielle Last aufbürdet: Das Büro schätzt die Kosten auf ca. 79 Millionen Euro. Dies

führt – dem Kämmerer und Bürgermeister zufolge – dazu, dass die Gemeinde hohe Kredite aufnehmen muss, deren Rückzahlung den Haushalt der Gemeinde auf Jahre hinaus belasten wird. Grundsätzlich müssen die Kommunen aber einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Daher gelangen wir auf direktem Weg in ein so genanntes Haushaltssicherungskonzept (HSK). Die Gemeinde muss daher in den nächsten Jahren mit starken Einsparungen und höheren Steuern und Gebühren einen ausgeglichenen Haushalt wieder herstellen. Auch ohne Schulbau komme dies im Übrigen wohl auf die Gemeinde zu. Bürgermeister und Kämmerer wollten den Rat in der Sitzung am 8.12.22 in die Pflicht nehmen, im Vorgriff auf die Haushaltsberatungen Eckpunkten für das HSK zuzustimmen, inklusive etwa einer exorbitanten Steigerung der Grundsteuer B.

Aber so einfach ist es nach Auffassung der Grünen Ratsfraktion nicht. Wie kann sich der Rat auf zukünftige massive Steuererhöhungen und Kürzungen vorfestlegen, ohne dass im Detail und mit der nötigen Zeit über Aussagekraft und Inhalte der Kostenschätzungen und Planungen für das Gymnasium beraten worden wäre? Eine von uns vorgenommene kritische Prüfung der Machbarkeitsstudie macht aus unserer Sicht deutlich, dass es durchaus Einsparpotentiale gibt:

- das gewählte Raumprogramm ist an vielen Stellen (v.a. bei Differenzierungsräumen, Arbeitsräumen für Lehrkräfte, Selbstlernzentren, vermutlich auch Fachräumen) vollkommen überdimensioniert,
- der aufwändig renovierte Altbau wird gar nicht sinnvoll genutzt, sondern unnötig demontiert und teilweise unsinnig verplant (u.a. für vier getrennte Selbstlernzentren und vier getrennte Lehrer-Arbeitsräume, einen Raum der Stille und einen übergroßen Verkaufsraum),
- der Neubau soll – zusätzlich zu Altbau und Turnhalle – aus vier weiteren, separaten Gebäuden bestehen mit Auswirkungen auf die Finanzen, die Umweltbelastung und die Nutzbarkeit: Treppenhäuser, Aufzüge, Foyers

usw. vervielfachen sich; große Fassadenflächen sind kostenintensiv im Bau; der Bau muss aufwändig in den Hang hinein gesetzt werden; Laufwege werden kompliziert und es entsteht mehr Trennung als Zusammenhalt.

Wie es weitergeht

Das vorgelegte Raum-, Bau- und Kostenkonzept ist unserer Meinung nach fachlich und wirtschaftlich ungeeignet und unangemessen. Sie kann keine Grundlage sein für weitreichende Entscheidungen der Gemeinde, die alle Bürgerinnen und Bürger betreffen. Es muss noch einmal grundsätzlich und differenziert darüber diskutiert werden, was ein Gymnasium Alfter können muss und kosten darf. Wir wollen einen guten gymnasialen Standard, keine überdimensionierte Planung. Auch müssen alle Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung darauf zielen, dass etwaige Steuererhöhungen sozial verträglich gestaltet werden. Entsprechend haben wir im Rat darauf gedrängt, dass die Beschlussvorlage der Verwaltung in diesem Sinne abgeändert wurde. Der Rat hat außerdem für den weiteren Prozess eine Lenkungsgruppe beschlossen, in die wir uns konstruktiv und kritisch einbringen werden.

Wir hoffen sehr, dass die Alfterer Eltern nicht durch die laufende – unserer Meinung nach teils unsachgemäße – Diskussion am Plan der Schulgründung zweifeln und das bislang große Interesse schwindet. Als Grüne ist unser Versprechen an alle Alfterer Bürgerinnen und Bürger: Wir bleiben dran! Mit vollem Einsatz für gute Bildung für Alfterer Schülerinnen und Schüler UND solide geplante Kommunalfinzen.

**Dominic Larue
Eckhard Klieme
Wilhelm Windhuis**

Was ist gute Bildungspolitik, und wie wird sie bei den Grünen gesteuert?

Bildungspolitik wird in Deutschland oft aus dem Bauch heraus gemacht. So ging es zum Beispiel mehr um Ideologie als um Fakten, als in den 1970er Jahren heftig über die Gesamtschule gestritten wurde. Inzwischen wissen wir (nachzulesen etwa unter www.bildungsbericht.de): Längeres gemeinsames Lernen verringert soziale Ungleichheit. Wieviel die Schüler*innen einer Klasse zwischen den Jahrgangsstufen 5 und 10 in Mathematik dazulernen, hängt allerdings nicht von der Schulart ab, sondern davon, welche Kompetenzen sie aus der Grundschule mitbringen, und von der Qualität des Unterrichts. Die Bildungsforschung meint damit: Gut strukturierte, fachlich herausfordernde Lernangebote in einer wertschätzenden Atmosphäre. In der Öffentlichkeit hingegen wird Unterricht häufig nach althergebrachten Vorstellungen bewertet (wird der Lehrstoff exakt abgearbeitet?) oder nach oberflächlichen Wunschbildern (viel Gruppenarbeit, selbstständiges Lernen am Computer) – also wiederum nach Kriterien, die mit Fakten und Erkenntnissen wenig zu tun haben.

In ihrem Grundsatzprogramm setzen sich Die Grünen für ein Bildungssystem ein, das durchlässig, gerecht und leistungsfähig sein soll. Auch Grüne Bildungspolitik orientiert sich an großen Zielen – ein mündiges Leben für alle, ganzheitliches Denken und nachhaltiges Handeln –, bleibt dabei aber realistisch und wissenschaftsbasiert. So hat die Partei gelernt, dass Inklusion nicht ohne größere Ressourcen und breite Akzeptanz umsetzbar ist. Im Programm für die letzte Bundestagswahl wurden u.a. Qualitätsstandards für Kitas und Ganztags-einrichtungen gefordert und ein Modellprogramm für Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf.

Das „Startchancen-Programm“ für bundesweit etwa 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler wurde tatsächlich im Koalitionsvertrag der Ampel vereinbart. Leider hat dieses Programm bislang noch nicht Gestalt angenommen, weil die zuständige FDP-Ministerin ihren eigenen Parteikollegen, den Finanzminister, nicht überzeugen konnte, ausreichende Mittel bereitzustellen. Und weil Bund und Länder sich um Geld und Konzepte stritten.

Dass Bund und Länder zu wenig kooperieren, ist ein strukturelles Hemmnis der Bildungspolitik. Den Kultusministerien fehlen Geld und Know-how um z.B. eine hochwertige digitale Lernplattform und effiziente Instrumente zur Sprachförderung zu entwickeln. Der Bund bezahlt zwar Forschungsvorhaben, deren Erkenntnisse aber nicht in der Breite umgesetzt werden. In Zeiten der CDU-SPD-Koalition verteilen „Bildungspakt“, „Digitalpakt“ und ein „Corona-Aufholpaket“ viel Geld mit der Gießkanne. Was das für Kinder und Jugendliche bewirkte, weiß niemand, denn viel Geld wurde unsystematisch nach politischen Vorlieben ausgegeben. Wieder einmal eher „aus dem Bauch heraus“ als fakten- und wissenschaftsbasiert, und hierin liegt das zweite grundlegende Hemmnis der Bildungspolitik in Deutschland.

Die Grünen haben sich vorgenommen, diese beiden strukturellen Hemmnisse zu überwinden. Dazu gibt es eine Arbeitsgruppe, in der Abgeordnete und Delegierte aus allen Ebenen, auch die Grünen Kultusministerinnen (aktuell in Baden-Württemberg und Niedersachsen) sowie beratende Wissenschaftler*innen zusammentreffen. So wird vermieden, dass Grüne Bundes- und Landespolitik auseinanderdriften. Zugleich wird sichergestellt, dass die Politik realitätsorientiert ist und Ergebnisse der Forschung ernst nimmt.

Eine erste Feuertaupe nach der Bundestagswahl hatte diese Bundes-Arbeitsgemeinschaft (BAG) Bildung, als in der Presse die Kritik aufkam, ausgerechnet die Grüne Familienministerin wolle ein bewährtes Programm für „Sprach-Kitas“ absetzen. Die BAG setzte sich intensiv mit Ergebnissen von Evaluierungsstudien auseinander und kam zu dem Schluss, das in den Sprach-Kitas beschäftigte Personal – bundesweit mehrere Tausend Förderkräfte – müsse unbedingt gehalten werden, aber das pädagogische Programm sei zu unsystematisch. Folge: Das Familienministerium vereinbarte mit den Ländern eine Übergangslösung für das Personal, und ein neues Kita-Qualitäts-Gesetz sorgt für klarere Standards auf breiter Basis. Auch das „Startchancen“-Programm wurde in der BAG ausgeschärft. Es soll sich auf 4000 Grundschulen in schwierigen Lagen konzentrieren, weil vor allem dort Bildungsnachteile entstehen, und es soll für professionelle Unterrichts- und Schulentwicklung verwendet werden mit klarer Beschreibung von Basiskompetenzen, die gefördert werden sollen. Grüne Politiker*innen werden in Bund, Ländern und Gemeinden auf einen schnellen Start des Programms drängen.

Eckhard Klieme

Der Autor, von Beruf Schulforscher, engagiert sich als sachkundiger Bürger im Bildungsausschuss der Gemeinde Alfter. 2021 wurde er in die Bundes-Arbeitsgemeinschaft (BAG) Bildung der Grünen berufen.

Gemeinsame Aufarbeitung eines traurigen Kapitels Alfterer Geschichte

Ausgangspunkt war ein Bürgerantrag vom 15.2.2020. Was daraus folgte, ist der Versuch einer Aufarbeitung eines der bedrückendsten Kapitel der Historie Alfters: Die Zwangsarbeit in der Gemeinde und hier im Besonderen die Vorgänge um die sogenannte Ausländerkinder-Pflegestätte zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Im Haupt- und Finanzausschuss wurde aufgrund des besagten Bürgerantrags einstimmig beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die versuchen soll, die während des Krieges begangenen Verbrechen zu ergründen und zu beleuchten. Die Gruppe setzte sich zusammen aus der Alfterer Gemeindegemeinsprecherin Maryla Günther, dem Archivar Jens Löffler und Vertretern aus allen im Rat vertretenen Parteien. Die Leitung der Arbeitsgruppe übernahm Thomas Klaus. Für die Alfterer Grünen nehmen seither Eckhard Klieme und Christoph Mirbach teil.

Basis unserer Arbeit war eine interessante, aber auch sehr bedrückende wissenschaftliche Dokumentation von Jens Löffler, die er Anfang Februar 2021 nach intensiven Recherchen in diversen Archiven der Umgebung veröffentlicht hatte. Diese besondere Arbeit trägt den Titel: „Hauptziel ist die Aufrechterhaltung der Produktion“ und ist auf der Homepage des Vereins „Haus der Alfterer Geschichte“ zu finden. Sie legt ihren Schwerpunkt auf die erschütternden Vorgänge im Ausländerkinderpflegestätte, in dem viele Kinder der Zwangsarbeiter unter katastrophalen Bedingungen untergebracht waren.

Bis heute ist sicher nachgewiesen, dass in den Jahren 1944 und 1945 mindestens zwölf Kinder in dieser „Pflegestelle“ durch Mangelernährung oder unterlassene medizinische Versorgung ums Leben gekommen sind. All diese Kinder wurden ihren Müttern, die im Gemeindeumfeld als Zwangsarbeiterinnen eingesetzt waren, entzogen und teils aus niedrigsten Beweggründen unter menschenunwürdigen Bedingungen unterversorgt und vernachlässigt. Das Studium der wissenschaftlichen Arbeit von Jens Löffler möchten wir an dieser Stelle erneut empfehlen.

Der Arbeitskreis setzte sich neben der Veröffentlichung der Dokumentation auch die Installation von Erinnerungsorten zum Ziel. Jens Löffler hielt auch Vorträge zu seiner Dokumentation in der Volkshochschule Bornheim und im Haus der Alfterer Geschichte (HDAG), mit dem sich eine intensive Zusammenarbeit ergab. Hieraus resultierte auch eine mehrtägige Ausstellung.

Der Arbeitskreis tagt regelmäßig und berichtete in der Ratssitzung vom 03.02.2022 über seine Arbeit.

Im März wurde die weiter selbstständig arbeitende Gruppe durch die Mitgliederversammlung des Fördervereins HDAG e.V. offiziell als neues Mitglied und als Arbeitskreis Zwangsarbeit/„Ausländerkinder-Pflegestätte“ aufgenommen. Ein Vertreter des Arbeitskreises ist seitdem automatisch Mitglied im Vorstand des Fördervereins.

Der Arbeitskreis ist inzwischen wieder gewachsen: Weitere Mitglieder des HDAG, weitere Fraktionsmitglieder und der neue Alfterer Archivar Ulrich Stevens sind hinzugekommen.

Es sollte deutlich hervorgehoben werden, wie konstruktiv in diesem Gremium die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern und den verschiedenen Ratsfraktionen funktioniert. Man würde sich zudem über die Mitarbeit weiterer interessierter Alfterer BürgerInnen und Bürger freuen!

Löfflers Arbeit wurde in der Folge nicht nur zusätzlich in den Alfterer Heimatblättern veröffentlicht, sondern auch auf wissenschaftlicher Ebene auf der Online-Präsenz „Erinnerungsort“ der deutschen digitalen Bibliothek und auf dem Online-Portal des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit. Eine Weiterverbreitung ist auch über seine Zusammenarbeit mit der Abteilung für Osteuropäische Geschichte der Uni Bonn geplant. Die Dokumentation ist zudem über die Homepage der Gemeinde Alfter zu finden. Eine Übersetzung in die russische Sprache ist fertiggestellt worden. Weitere Übersetzungen ins Ukrainische und Polnische sind geplant. Zur Erinnerung an die Deportation der Bonner Juden vor 80 Jahren hat die Arbeitsgruppe am 23. Juli diesen Jahres eine ganzseitige Traueranzeige mit den Namen der aus Alfter deportierten jüdischen Mitbewohner*innen veröffentlicht.

Der Arbeitskreis plant das Errichten einer Erinnerungsstele und eines Gedenksteines im Umfeld des Rathauses sowie das Verlegen von Stolpersteinen am Ort des ehemaligen Kinderheims.

Neben aktiver Beteiligung hoffen wir natürlich auch auf Spenden für die Projekte des Arbeitskreises. So würden die Chancen, eine würdige Gedenkstelle für die verstorbenen Kinder und damit ein Mahnmal gegen das Vergessen errichten zu können, erheblich steigen.

Christoph Mirbach

Aus unserer Grünen Ratsarbeit:

Anträge für mehr Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrende

Im Bereich der Polizei Bonn, zu dem auch Alfter gehört, hat die Zahl der Verkehrsunfälle und der Verunglückten laut polizeilicher Verkehrsunfallstatistik der Polizei Bonn im Jahr 2021 wieder zugenommen. Die wichtigsten Ursachen für schwere Unfälle sind Vorfahrt und Abbiegen. Beides ist eng mit der sehr hohen Kfz-Dichte in unserer Region und mit der Enge der Verkehrswege verbunden. Das gilt in Alfter jedoch nicht nur für Straßen, sondern auch für Bürgersteige. Darüber hinaus fehlen Radwege bzw. Radspuren im Gemeindegebiet bis auf wenige Ausnahmen ganz oder sind auch zu schmal. Die Zahl der Fußgängerüberwege entspricht nicht den Erfordernissen.

Die Fraktion Die Grünen hat zur Sitzung des Gemeinderates Alfter am 29.09.2022 mehrere Anträge zur Verbesserung der Verkehrssicherheit gestellt:

Volmershoven: Mehr „Zebrastreifen“ und 30 Km/h im Kurvenbereich der Hauptstraße

In Bereich der Hauptstraße in Volmershoven bestehen keine Möglichkeiten zur sicheren Querung der schlecht einsehbaren und oft zu schnell befahrenen



Hauptstraße. Zur Vermeidung von Risiken für Bürger*innen beantragten die Grünen die Erstellung von Fußgängerüberwegen oder bedarfsgesteuerten Ampeln über die Hauptstraße in Volmershoven am Sportplatz (bzw. am Ortseingang), im Bereich der Bushaltestelle „Volmershoven Ort“ und im Bereich der Bushaltestelle „Alfter Sägewerk“ (bzw. am Ortsausgang). Gleichzeitig soll die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Kurvenbereich der Hauptstraße auf 30 km/h begrenzt werden. Dieser Bereich der Hauptstraße ist zu eng und unübersichtlich. Die Bürgersteige sind teilweise sehr schmal. Unmittelbar vor der Kurve (aus Richtung Witterschlick betrachtet) befindet sich eine Bushaltestelle. Unmittelbar hinter der Kurve wird linksseitig

geparkt, was den schmalen Straßenbereich verlängert.

Witterschlick: Mehr Sicherheit für Fußgänger*innen an der Hauptstraße

An der Witterschlicker Hauptstraße ist der Gehweg an mehreren Stellen so schmal, dass Gefahren für mobilitätseingeschränkte Personen, Rollstuhlfahrer*innen, Eltern mit Kinderwagen, Kinder und andere Personen bestehen. Die Hauptstraße wird als Schulweg genutzt. Insbesondere das kurze schmale Stück gegenüber der Einmündung der Buschovener Straße ist problematisch, weil es auf dem Schulweg der Kinder aus Volmershoven und den südlichen Teilen von Witterschlick liegt und es keine sichere Ausweichroute gibt. Die Grünen beantragen daher den Ausbau der Gehwege an diesen Bereichen der Hauptstraße sowie die Schaffung einer sicheren Querungsmöglichkeit zwischen Edeka Schwindt und der Einmündung der Buschovener Straße.



Weitere Anträge der Grünen:

Beitritt zur Initiative für städteverträglichen Verkehr: Diese Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angemessene Geschwindigkeit“ wurde im Juli 2021 von den Städten Aachen, Augsburg, Freiburg, Hannover, Leipzig, Münster und Ulm gegründet. Die Initiative fordert, den Kommunen durch einen neuen straßenverkehrsrechtlichen Rahmen zu ermöglichen, eine angemessene Höchstgeschwindigkeit dort anzuordnen, wo diese sinnvoll ist. Mehrfach waren entsprechende Ansätze der Gemeinde Alfter an einer engen Auslegung der bestehenden gesetzlichen Regelungen durch den Rhein-Sieg-Kreis gescheitert.

Das muss sich ändern, denn vor dem Hintergrund der notwendigen Verkehrswende müssen Verbesserungen zum Schutz unserer Bürger*innen im Verkehr zügiger erfolgen.

Daher beantragten die Alfterer Grünen den Beitritt der Gemeinde zur Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angemessene Geschwindigkeit“.

Mehr Ladestationen für E-Autos und E-Bikes

Der rasche Ausstieg aus dem Einsatz von Verbrennungsmotoren machte eine engagierte und vorausschauende Planung von Lademöglichkeiten notwendig. Gerade für die Bürgerinnen und Bürger, die keinen eigenen Stellplatz mit Lademöglichkeit haben, müssen Plätze im öffentlichen Raum geschaffen werden. Bisher bestehen nur wenige öffentliche Ladestellen in Alfter, daher beantragten Die Grünen eine umfassende Prüfung durch die Gemeinde, an welchen Stellen Ladesäulen wünschenswert und notwendig sind.



Klimaschutzmanager für Alfter

Nach dem Wechsel des bisherigen Amtsinhabers für die linksrheinischen Kommunen in die Gemeinde Bornheim fehlt der Gemeinde diese Funktion, deren Bedeutung im vergangenen Jahr eindeutig demonstriert wurde. Daher wurde beantragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Klimaschutzmanager für die Gemeinde Alfter einzustellen. Die Fülle der Aufgaben macht eine volle Stelle in der Gemeinde notwendig.

Nur ein entschlossenes Handeln kann die Gemeinde in den vielen Herausforderungen durch Pandemie und Klimakrise voranbringen. Für ein weiterhin lebens- und lebenswertes Alfter müssen wir tatkräftig neue Impulse umsetzen.

Wilhelm Windhuis



Weihnachten in diesem Jahr

In diesem Jahr,
ist mir nicht klar,
wie soll Weihnachten
geschehn,
mit Strahlen, Glitzern
und Bethlehem.

Mir fehlen die Worte,
schau ich auf die Orte,
die zerstört und geschunden,
an Schutt und Krieg
sind gebunden.

Vielleicht fang ich an
mit dem Kleinsten,
was geht:

Weihnachten ist
auch da, wo jeder
dafür einsteht,
nach dem anderen
zu schauen,
sich noch mehr zu trauen.

Einfach mal hingehn
und Hallo sagen.

Das Leben gemeinsam
ein Stück weit tragen.

Oder noch ein bisschen mehr.

Das wünsche ich sehr.

In diesem Jahr,
jetzt ist es mir klar,
wie Weihnachten soll
geschehn mit Strahlen,
Glitzern und Bethlehem.

Einfach hingehn.

© H. Jeanette Schroerlücke



ZEIT FÜR GRÜN

Ein Jahr Ampelkoalition

„Die Welt ist am Beginn eines Jahrzehnts im Umbruch, deshalb können wir nicht im Stillstand verharren. Die Herausforderungen sind immens, miteinander verwoben und in ihrer Gleichzeitigkeit anspruchsvoll.“ Wenige Wochen, nachdem wir diese Sätze gemeinsam mit unseren Kolleg*innen von SPD und FDP in die Präambel des Koalitionsvertrags geschrieben hatten, begann Wladimir Putin seinen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine.

Wir bringen das Land voran und schaffen Sicherheit

Die Folgen dieses Krieges mitten in Europa sind dramatisch – in erster Linie für die Menschen in der Ukraine, die wir finanziell, humanitär und militärisch unterstützen. Die Ampel-Regierung betreibt eine klar wertegeleitete Außenpolitik – und ist auch im Verbund der Staatengemeinschaft bereit, Verantwortung zu übernehmen, statt sich weiter hinter den internationalen Partnern zu verstecken. Kompass unserer Politik ist die globale Verteidigung der Menschenrechte – ob in Deutschland und Europa, im Iran oder in Katar.

Die Folgen dieses Krieges sind aber auch weit über die ukrainischen Landesgrenzen hinaus spürbar. In Deutschland haben sie uns vor Augen geführt, wie viel an politischen Reformen zuvor liegen gelassen wurde. Im Eiltempo haben wir diese Versäumnisse aufgeholt, Deutschland unabhängig gemacht von russischem Gas und russischer Kohle. Wir haben die Gasspeicher gefüllt, die Energieversorgung sichergestellt und milliardenschwere Entlastungspakete geschnürt.

Gleichzeitig haben wir mit insgesamt fast 300 Milliarden Euro die umfangreichsten Entlastungen in der Geschichte Bundesrepublik auf den Weg gebracht, darunter Einmalzahlungen für Wohngeldempfang*innen oder Rentner*innen, der Kindersofortzuschlag, oder die Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme. So entlasten wir die Bürger*innen in diesen schwierigen Zeiten, sichern Arbeitsplätze und unsere Wirtschaft. Neben diesen kurzfristigen Maßnahmen haben wir strukturelle Änderungen unseres Sozialstaats angestoßen, die künftig mehr Menschen die Chance auf Teilhabe und Aufstieg ermöglichen, darunter die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro, die Einführung des Bürgergelds oder die BAföG-Reform.

Wir schützen das Klima und beschleunigen die Energiewende

Deutschland wird bis spätestens 2045 klimaneutral, wir setzen voll auf Erneuerbare Energien. Mit dem Osterpaket treibt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz die Energiewende entschieden voran und beschleunigt den Ausbau der Erneuerbaren massiv. Wir haben den Kohleausstieg im Rheinischen Revier um acht Jahre auf 2030 vorgezogen. Das zeigt, was möglich ist, wenn starke Grüne im Bund und in den Ländern gemeinsam gestalten. Damit stärken wir den Wirtschaftsstandort Deutschland, denn: Erneuerbare Energien und ehrgeiziger Klimaschutz sind entscheidende Standortvorteile und Jobmotoren.

Wir setzen in der Regierung endlich voll auf „Natürlichen Klimaschutz“, dafür hat das Bundesumweltministerium bis 2026 vier Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Denn nur, indem wir Ökosysteme wie Moore und Auen, Küsten und Meere, Wälder und Grünland schützen und

renaturieren, werden wir unsere Klimaziele erreichen.

Auch in der Landwirtschaft gehen wir voran: Die verbindliche Tierhaltungskennzeichnung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft markiert den Aufbruch in eine zukunftsfeste Haltung, bei der weniger Tiere besser behandelt werden. Das bietet Betrieben eine verlässliche Perspektive und Planungssicherheit.

Mit dem bundesweiten Deutschlandticket für 49-Euro erleichtern wir ab dem kommenden Frühjahr den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV. Zugleich sichern wir eine dauerhafte Finanzierung – und ermöglichen gemeinsam mit den Ländern zusätzliche Investitionen in bessere Infrastruktur, mehr Verbindungen, eine engere Taktung. Das ist gut für den Geldbeutel, entlastet Millionen von Pendlerinnen und Pendlern, steigert die soziale Teilhabe aller im Land und schützt das Klima.

Eine Gesellschaftspolitik auf der Höhe der Zeit

In der Gesellschaftspolitik haben die Vorgängerregierungen vieles verschlafen. Gemeinsam bringt die Ampel unsere Gesetze auf die Höhe der Zeit. Seit wir den Paragraphen 219a im Strafgesetzbuch gestrichen haben, können Ärzt*innen nun Informationen über Schwangerschaftsabbrüche bereitstellen, ohne Strafanzeigen fürchten zu müssen.

Mit den vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgelegten Eckpunkten zum Selbstbestimmungsgesetz und dem Aktionsplan „Queer Leben“ fördern wir die gleichberechtigte, sichere und selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe von LSBTIQ*. So stärken wir unsere vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein können.

Durch die Absenkung des Wahlalters für die Europawahl werden 2024 erstmals alle jungen Europäer*innen in Deutschland ab 16 Jahren die Möglichkeit haben, an einer Wahl teilzunehmen. Wir arbeiten weiter daran, dass das Wahlalter auch für Bundestagswahlen auf 16 gesenkt wird.

Alle 18-Jährigen erhalten auf Initiative der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien mit dem Kulturpass fortan 200 Euro zu ihrem Geburtstag, die sie für Kultur-erlebnisse wie Konzerte oder Kinos verwenden können. Damit stärkt die Bundesregierung nicht nur die Kulturbranche, sondern schafft auch mehr Teilhabe für alle Jugendlichen in diesem Land.

Unser Ziel: eine klimaneutrale, gerechte Gesellschaft

Vor einem Jahr haben wir gemeinsam mit SPD und FDP Regierungsverantwortung für unser Land übernommen. Als Ampel-Koalition, die aus drei unterschiedlichen politischen Lagern zusammengefunden hat, sind wir dafür angetreten, Brücken zu bauen und „mehr Fortschritt“ zu wagen. Trotz aller Unterschiede zwischen den drei Ampel-Partnern hat sich die Regierung im ersten Jahr als handlungsfähiger erwiesen, als es so manche Vorgängerregierung in ruhigeren Zeiten war. Und wir haben noch viel vor: Mit der Umsetzung der Kindergrundsicherung wollen wir für Millionen von Menschen, Millionen von Kindern einen Unterschied machen. Das Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren wollen wir verdreifachen und Deutschland auf den 1,5-Grad-Pfad bringen. Unser Ziel, eine klimaneutrale und gerechte Gesellschaft, behalten wir fest im Blick.

BV Bündnis 90 / Die Grünen

„Der Triumph der Angst über die Hoffnung“

Gedanken zum Erfolg des autoritären Populismus

Für den erschreckenden Erfolg des autoritären Populismus in vielen Ländern (USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Schweden, Polen, Türkei u.v.m.) werden vor allem wirtschaftliche Faktoren als Ursache angeführt: Der Verlust des eigenen Wohlstands, die Sorge um den sozialen Abstieg sowie die Empörung über die Zunahme der ökonomischen Ungleichheit nach der Finanzkrise von 2008. Populistische Parteien haben diese Faktoren intensiv für ihre Propaganda genutzt und ihre wirtschaftlichen Programme danach ausgerichtet.

Vermutlich greift dieser Ansatz zu kurz. Zwei (US-) amerikanische Sozialforscher*innen (Pippa Norris, Ron Inglehart) haben als weiteren wichtigen Aspekt die These des 'kulturellen Rückschlages' eingebracht. Sie beschreiben eine 'stille Revolution', die seit den 60iger Jahren zu einer Öffnung der Gesellschaft für Einwanderung, zu einer liberaleren sozialen Einstellung (insbesondere zu Fragen der Sexualität und sexuellen Identität), einer zunehmenden Gleichberechtigung von Frauen und einer ausgeprägten Verminderung des Einflusses der etablierten Religionen geführt hat. Soziale Werte, die lange auf kleine gesellschaftliche 'Randgruppen' (wie z.B. die Grünen ☺) beschränkt waren, werden nun mehrheitlich unterstützt und abweichende Meinungen, wie z.B. zur Einwanderung, abgelehnt.

Ein Gefühl, plötzlich im 'eigenen' Land in der Minderheit zu sein und nicht gehört zu werden, entstand und wurde durch die wirtschaftliche Lage verschlimmert. Weiterhin können kritische Ereignisse, die das Gefühl der Bedrohung verstärken (z.B. die Zuwanderung syrischer Flüchtlinge in Deutschland 2015 oder die Wahl eines nicht-weißen US-Präsidenten), dann zu einem Durchbruch populistischer Parteien führen. Einmal an der Macht beginnen diese Parteien demokratische Institutionen zu unterwandern, vor allem das Rechtswesen und die freie Presse. Dies muss, auch in Deutschland, als eine klare Gefährdung unserer Demokratie gesehen werden.

Der „Triumph der Angst über die Hoffnung“ führt zur Unterstützung von Parteien und Politiker*innen, die gezielt Grenzüberschreitungen gegen sogenannte liberale Werte und gegen Menschen, die sie ausgrenzen möchten, einsetzen. Diese nicht immer nur rhetorischen und symbolischen Akte helfen, eine von der Mehrheit der Gesellschaft abweichende Identität, eine „wir gegen sie“ Haltung aufzubauen. Die darauffolgende Empörung des politischen Gegners wird dann begeistert gefeiert.

Damit wird die Spaltung der Gesellschaft verstärkt und die – angeblich unterdrückte – populistische Klientel mobilisiert.

Aufrufe wie „Make America Great Again“ oder die Rhetorik um den Brexit weisen auf die Sehnsucht nach einer 'sicheren' Zeit in der Vergangenheit ohne die oben beschriebenen Veränderungen. Auch wenn nicht alle Anhänger glauben, dass dies möglich ist, so ist es doch der Versuch, die vermeintliche Unterdrückung zu überwinden und den ersehnten Respekt wieder herzustellen.

Wie können wir diesen Entwicklungen entgegenzutreten? Auf der wirtschaftlichen Seite erscheinen Maßnahmen notwendig, die die Ängste vor Wohlstandsverlust, sozialem Abstieg und die extreme Zunahme der sozialen Unterschiede ansprechen.

Im Bereich der bitteren kulturellen Auseinandersetzungen ist es schwieriger, Lösungen zu finden. Mit gleicher Münze zu antworten ist sicher kein Weg, die Spaltung unserer Gesellschaft zu überwinden. Der Begriff der 'kognitiven Empathie' beschreibt den Ansatz, die Konzepte und Gefühle eines anderen Menschen zu verstehen – ohne diese notwendigerweise gutzuheißen.

Können wir mit einem solchen Ansatz die Unterschiede, die uns trennen, wenigstens so weit überwinden, dass ein Gespräch möglich wird? Könnte dieser Dialog dazu führen, dass relevante Gruppen der Gesellschaft sich ausreichend akzeptiert fühlen, so dass sie den Boden der demokratischen Gesellschaft nicht verlassen und der Zerstörung demokratischer Strukturen entgegenzutreten? Wir können nur die Ängste anderer abbauen, die wir begreifen. Wir müssen Wege finden, mehr Menschen deutlich zu machen, dass sie von dem sozialen und politischen Fortschritt, für den wir stehen, nichts befürchten müssen.

Es gibt sehr interessante Beispiele dafür. In der Republik Irland gibt es staatlich organisierte Versammlungen überwiegend zufällig ausgewählter Bürger*innen. Die dort geführten Diskussionen machten es möglich, massive soziale Veränderungen ohne populistischen Rückschlag umzusetzen, obwohl das Land lange Zeit sehr restriktiven sozialen Werten ausgesetzt war.

Wie können wir solche Gespräche führen, zumindest mit dem großen Teil der Menschen, deren Radikalisierung noch überwindlich ist? Vielleicht hilft es, dass wir alle Ängste vor politischer Fremdbestimmung kennen. Oft haben wir keine klare Vorstellung von der „anderen Seite“ und es lohnt sich vielleicht einmal zuzuhören. Wir fürchten am meisten, was wir am wenigsten kennen.

Axel Glasmacher

Partei ergreifen
Jetzt Mitgliedsantrag ausfüllen



Mitglied werden

Wir treten für die Demokratie ein und verteidigen unsere Werte – Klimaschutz, Zusammenhalt und Gerechtigkeit. Dafür brauchen wir Dich! Werde jetzt Mitglied.

Busckauler Feld: Parken wie immer statt modernem Parkraumkonzept mit Mobilitätshub?

„Das Quartier Busckauler Feld muss weitgehend autofrei bleiben. Dazu ist vor dem Quartier ein Parkhaus mit ausreichender Parkfläche zu errichten. Das Quartier kann zum Be- und Entladen befahren werden.“ So lautete eine Forderung der Älteren Grünen, die beim Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan „Busckauler Feld“ im Mai 2020 Gegenstand der Diskussion war. Die Verwaltung verpackte die Forderung in folgenden Beschlussvorschlag, der auch die Mehrheit fand:

„Der Rat beschließt, für das Baugebiet (Busckauler Feld) an der Kreuzung Ramelshovener Straße/Auf dem Schurweßel eine Sondergebietsfläche mit Zweckbestimmung „Mobilitätshub“ festzusetzen.

Der Rat beschließt, eine Stellplatzsatzung für den Geltungsbereich des Busckauler Feldes zu erlassen, um Vorhabenträger zur Realisierung des „Mobilitätshub“ zu verpflichten.

Der Rat beschließt, Regelungen zur Umsetzung des „Mobilitätshubs“ in den städtebaulichen Vertrag aufzunehmen.“

Die Älteren Grünen freuten sich. Endlich ein Bebauungsplan, der ein modernes Parkraumkonzept hat: Weniger Platz für Autos, mehr Platz für die Menschen und damit mehr Aufenthaltsqualität auf öffentlichen Flächen. Das war im Juni 2020.

Ende November 2022 wurde in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Mobilität, Wirtschaft und Digitalisierung die Stellplatzsatzung zur

Abstimmung vorgelegt. Um es vorwegzunehmen:

Die Stellplatzsatzung erfüllt die 2020 formulierten Erwartungen nicht und ist absolut enttäuschend!

Sie ist zunächst einmal so kompliziert formuliert, dass nur versierte Kenner der Amtssprache die Chance zum inhaltlichen Verständnis haben. Sie enthält auch keine Regelung für die Nutzung des Mobilitätshubs für Bauherrn von Ein- und Zweifamilienhäusern. Auf Nachfrage erklärte die Verwaltung dazu, dass Stellplätze für Ein- und Zweifamilienhäuser im Mobilitätshub gar nicht vorgesehen sind, sondern nur auf den eigenen Grundstücken.

Allerdings können für Mehrfamilienhäuser Plätze im Mobilitätshub vorgesehen werden.

Diese mindern auch die Zahl der auf dem jeweiligen Grundstück vorzusehenden Stellplätze.

Mehr aber auch nicht. Stellplätze am Haus müssen laut Satzung trotzdem gebaut werden.

Die Hürden, um Plätze auf einem – wie es jetzt in der Satzung heißt – Fremdgrundstück (der Mobilitätshub befindet sich auf einem Fremdgrundstück) zu errichten, sind hoch:

1. Es sind nach Stellplatzsatzung §4 Abs.1 mindestens vier Stellplätze erforderlich.
2. Nur die Hälfte der nach Satzung erforderlichen Stellplätze kann auf einem Fremdgrundstück nachgewiesen werden.

3. Zum § 4 Absatz 1 gibt es eine Anlage, die ein wahres „Giftblättchen“ ist. Dort heißt es einleitend:

„Wenn die Bauherrschaft besondere Maßnahmen zur Reduzierung des Kfz-Verkehrsaufkommens i.S. § 4 Absatz 1 dieser Satzung ergreift, richtet sich die Anzahl der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze nach einem von der Bauherrschaft vorzulegenden und von der Bauaufsichtsbehörde anzuerkennenden Mobilitätskonzept, das folgenden Anforderungen genügen muss...“

Die Anforderungen an das Mobilitätskonzept sind in stark gekürzter Form unter anderem:

- Erstellung durch ein unabhängiges und qualifiziertes Ingenieurbüro
- Anwendung eines etablierten Verfahrens zur Ermittlung des Verkehrsaufkommens
- Differenzierte Beschreibung der zu ergreifenden besonderen Maßnahmen
- Nachvollziehbare Herleitung des verringerten Kfz-Stellplatzbedarfs unter Angabe und Begründung aller getroffenen Annahmen
- Vorlage eines Evaluierungskonzepts

So schafft die Bürokratie nahezu unüberwindliche Hürden.

Fazit: Ursprünglich sollte der Mobilitätshub wesentlicher Bestandteil des Parkraumkonzepts im Busckauler Feld sein. Mit der jetzt vorliegenden Stellplatzsatzung erreicht man das genaue Gegenteil. Bauherrn von Ein- und Zweifamilien-

häusern dürfen mit den Stellplätzen nicht in den Mobilitätshub, Bauherrn von Mehrfamilienhäusern werden nicht wollen.

Man darf gespannt sein, ob die Verwaltung den Knall gehört hat und die Stellplatzsatzung den Wünschen des Ausschusses entsprechend überarbeitet. Das heißt:

Auch Bauherrn von Ein- und Zweifamilienhäusern sollen Stellplätze im Mobilitätshub mieten, pachten oder kaufen können

Bauherrn von Mehrfamilienhäusern sollen ohne unnötige bürokratische Hürden Stellplätze im Mobilitätshub mieten, pachten oder kaufen können.

Die Grünen in Älfter gehen jedoch davon aus, dass sich bis auf ein paar verständlichere Formulierungen und der Beseitigung der größten bürokratischen Hürden an der Stellplatzsatzung nicht viel ändern wird.

Am Ende wird es sehr wahrscheinlich sein, dass der Mobilitätshub mangels Interessenten gar nicht gebaut wird, von Kiosk und Radstation ganz zu schweigen. Im Wohngebiet gibt es dann wie in allen neuen Älfterer Baugebieten zugespaltete Straßen und wenig Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum: Chance vertan.

Eine solche Stellplatzsatzung werden die Älfterer Grünen ablehnen.

Michael Schroerlücke



THG-Prämie – Mit dem E-Auto jährlich Geld verdienen?



Nicht jedem Besitzer eines Fahrzeuges mit reinem Elektroantrieb ist es bewusst: Man kann mit seinem E-Auto Geld verdienen und zwar jährlich! Aber wie geht das?

Sicher hat man in den Nachrichten schon mal öfter das Wort „Zertifikatehandel“ gehört:

Es ist ein Klimaschutz-Instrument, das dazu erdacht wurde, Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Durch den Zertifikatehandel soll eine Firma A, die ökologisch sauberer agiert als Firma B, dafür belohnt werden und die „Rechte“ für mehr Emissionen (Emissionsrechte genannt) in Form von Zertifikaten an die andere Firma B verkaufen können, die noch nicht so „treibhausgasarm“ unterwegs ist. Die Zertifikate sind quotiert. Sie sollen die Industrie motivieren, die Produktion auf umweltfreundlichere Prozesse umzustrukturieren, um so möglichst abgasarm zu arbeiten.

Genau so ein Instrument gibt es auch für den Autofahrer. Damit Deutschland seine Klimaschutz-Ziele erreicht, muss auch der CO₂-Ausstoß im Verkehr deutlich sinken. Deshalb müssen unter anderem Kraftstoffanbieter den CO₂-Ausstoß durch fossile Kraftstoffe schrittweise bis 2030 um 25 Prozent reduzieren. Dies kann durch emissionsärmere Kraftstoffe, wie zum Beispiel Biodiesel, bewirkt werden. Mineralölunternehmen können aber auch ihre Treibhausgasemissionsquote erreichen, indem sie Emissionsrechte von Dritten erwerben. Besitzer*innen von Elektroautos dürfen solche Zertifikate verkaufen, da sie lokal sauberer unterwegs sind. Fahrer reiner E-Autos können ihre erzielten CO₂-Einsparungen zertifizieren, um diese an quotenpflichtige Mineralölunternehmen

gegen eine sogenannte THG-Prämie zu verkaufen. Dies gilt nicht für Hybrid-Fahrzeuge!

Die Regelungen der THG-Prämie finden sich im Bundes-Immissionsschutzgesetz. Die Prämie kann in der Höhe schwanken. Die THG-Prämie ist eine von vielen Maßnahmen, um die Energiewende im Verkehr deutlich voranzutreiben!

Sie fragen sich jetzt sicher: Wie bekomme ich meine THG-Prämie?

Es gibt Agenturen (Vermittler oder direkt die Energiewirtschaft), die alle online zu finden sind, die mit der THG-Prämie handeln und den Verkauf über CO₂-Zertifikate für den Autobesitzer übernehmen. Als Gegenleistung ist eine Gebühr oder Provision zu zahlen. Für den Endverbraucher ist es sehr umständlich und mit extrem viel Aufwand verbunden, die E-Auto-Zertifikate selbst zu veräußern. Theoretisch möglich ist dies, kommt aber in der Praxis kaum vor.

Also wäre die Empfehlung: tagesaktuell im Internet bei seriösen Testplattformen nach einem aktuellen Angebot einer Agentur zu suchen und dort die Prämie sichern. Bei der Auswahl der Agenturen sollte jeder aber gut recherchieren, da nicht alle gleich seriös arbeiten! Ein Tipp wäre hier beispielsweise die Stiftung Warentest, die die Anbieter genau unter die Lupe nimmt und online-Informationen immer wieder aktualisiert. Auch der ADAC kann Auskünfte geben. Meist muss man auf den Plattformen der Agenturen seine Fahrzeugpapiere hochladen, um die Prämie nach mehr oder weniger Wartezeit zu kassieren.

Aktuell, Stand Ende 2022, kann man ca. 400€ im Jahr für sein E-Auto erhalten.

Für uns Grüne stellt sich an dieser Stelle aber auch eine ganz andere Frage und die Auseinandersetzung damit halten wir auch für wichtig: Erst habe ich mit dem Kauf eines E-Autos der Umwelt etwas Gutes getan und nun verkaufe ich diesen „Bonus“ wieder, damit ein anderer an anderer Stelle die „entsprechende“ Luftverschmutzung vollzieht?

Damit kann man natürlich hadern, aber es gibt auch Lösungsansätze: Erstens erhalten

die Kosten am Zertifikat die Motivation des Käufers hoch, nachhaltiger zu agieren. Zweitens, und diesen Tipp habe ich von jemand bekommen, der die THG-Prämie bereits kassiert hat, kann ich die Prämie wieder zurück in eine weitere Umweltschutzmaßnahme investieren!

Übrigens: Wenn man sich die Prämie für 2022 noch sichern will, ist dies noch bis zum 28.2.2023 möglich!

Christoph Mirbach

Wieder mehr Wald im Eigentum der Gemeinde

Jeder weiß, wie wichtig Wälder für das Klima, unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit sind. Sie speichern Wasser, aber bieten auch Schutz vor Überschwemmungen. Sie reinigen die Luft und speichern CO₂ im Boden. Nur ein kleiner Teil der Älfterer Waldgebiete sind im Besitz der Gemeinde. Große Teile des Waldes in Älfter und anderswo sind in Privatbesitz und dienen der Holzherzeugung. Das hat ja auch große Berechtigung. So ist die Errichtung von Gebäuden in Holzbauweise wesentlich umweltverträglicher als mit Beton. Aber das Verhältnis ist in eine Schiefelage geraten.

Gerade im Rahmen der sehr schwierigen aktuellen Klimaverhältnisse ist die kommerzielle Nutzung des Waldes mit rasch wachsenden Baumarten schwierig und führt zu den großen Schäden, die in unserem Wald deutlich werden. Daher hat die Gemeinde auf Antrag der Grünen beschlossen, ein Rückkaufprogramm für

Waldgrundstücke einzuleiten und damit eine klimagerechte Bepflanzung zu ermöglichen. Dazu wurden in den Doppelhaushalt 2021/2022 je 10.000 € für den Rückkauf von Waldgrundstücken eingestellt.

Dies wurde von der Verwaltung vorbildlich umgesetzt. So konnten im November 2021 insgesamt fünf Grundstücke mit einer Gesamtgröße von 10.407 Quadratmetern zurückgekauft werden.

Wir freuen uns sehr, dass wir so eines unserer Wahlversprechen einhalten konnten, nämlich uns für den Schutz von Wald, Klima und Artenvielfalt einzusetzen. Und wir bedanken uns bei den anderen Parteien, die uns hierin unterstützt haben und für die schnelle und effektive Umsetzung durch die Verwaltung.

Sabina Glasmacher
Wilhelm Windhuis

Mehr Artenvielfalt und blühende Flächen für Alfter

„Hier müsste aber mal wieder gepflegt werden!“ „Das sieht aber unordentlich aus!“ „Hat die Gemeinde kein Geld, den Rasen zu mähen?“

Grünflächen der Gemeinde, die anders aussehen als kurzgeschorener Rasen oder angelegte Beete, treffen bei Bürger*innen teilweise auf Unverständnis und Missfallen. Ist das schön oder kann das weg? Was hat es auf sich mit den höher wachsenden Grünflächen, auf denen anderes grünt und blüht als der normal gepflegte Rasenteppich?

Tatsächlich geht die Gemeinde neue Wege in der Grünflächengestaltung: Zur Förderung der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren, aber auch zur Freude der Bürger*innen sollen blühende Flächen entstehen. Heimische Pflanzen und Strukturvielfalt sind hier gefragt!

Naturnahe versus konventionelle Grünflächengestaltung

Konventionelle öffentliche Grünflächen zeigen sich meist als kurzgemähter Rasen, Flächen mit immergrünen, exotischen Bodendeckern und als Wechselflur aufwendig gepflegter und stets neu beplanzter Blumenbeete mit Exoten. Auch Privatgärten werden üblicherweise mit den immer gleichen exotischen Sträuchern, wie Forsythien, Azaleen, Kirschlorbeer, Teppichmispel und den üblichen exotischen Blumen wie Hortensien, Petunien, Tagetes, Geranien, Funkien etc. bepflanzt. Dies liegt an deutschlandweiten Moden und Sehgewohnheiten, die auch durch Gartencenter und Baumärkte bedient werden. Außerdem besteht der Wunsch nach Ordnung und Kontrolle über das eigene oder gemeindeeigene Fleckchen Erde, der auf absurde Weise in der Anlage von Schottergärten gipfelt, die möglichst alles Leben verhindern sollen.

Anders in der naturnahen Grünflächengestaltung: Hier orientiert man sich bei der Anlage an schönen, in der Natur existierenden Pflanzenverbänden, wie dem Magerrasen im Gebirge, der extensiven Weide, der Heidefläche, dem Waldsaum. Man verwendet heimische Pflanzen und setzt sie am passenden Standort ein, so dass sie nicht aufwendig gegossen oder gedüngt werden müssen. Durch gezielte Pflege, wie beispielsweise Mähen zum richtigen Zeitpunkt, werden die Flächen so gelenkt, dass im Rahmen

einer sich selbst erneuernden Eigendynamik, harmonische, natürlich wirkende Grünflächen entstehen. Anders als in der konventionellen Grünflächengestaltung mit ihren immergrünen Schmitthecken, dem ganzjährig gleichen Rasen, den immer blühenden Rosen, ist das Ziel in der naturnahen Grünflächengestaltung kein statisches: Die gelenkte Veränderung einer Fläche, das Erleben der Jahreszeiten, die Vorfreude auf die Blüte im nächsten Jahr sind hier erwünscht.

Auch wenn die Grünflächen in erster Linie uns Menschen erfreuen sollen, versucht man hier, eine Vielfalt von unterschiedlichen Strukturen zu schaffen und die Flächen tierfreundlich zu pflegen, um vor der eigenen Haustür heimische Pflanzen und Tiere zu fördern.

Der Nutzen von heimischen Pflanzen

Es gibt ca. 4200 Pflanzenarten, die in Deutschland heimisch sind. Alle diese Pflanzenarten werden auf irgendeine Art und Weise von den bei uns heimischen Tieren genutzt. Als ein Ergebnis der jahr-millionenlangen gemeinsamen Evolution, der Koevolution, besteht eine gegenseitige Abhängigkeit von Pflanzen und Tieren; ein bekanntes Beispiel ist die Bestäubung von Blütenpflanzen durch blütenbesuchende Insekten.

Doch tatsächlich passen nicht nur Bienen und Blumen perfekt zueinander: Nach dem Schlüssel-Schloss-Prinzip verköstigen unsere heimischen Pflanzen auch alle pflanzenfressenden Insekten wie zum Beispiel Heuschrecken oder viele Wanzen und natürlich die Raupen von Schmetterlingen. Es ist den an Pflanzen-nahrung angepassten Tierchen nicht möglich, in ihrem Speiseplan auf exotische Blumen oder Sträucher auszuweichen. Sie sind da viel wählerischer als, zum Beispiel, das Nutztier Honigbiene, die auch Nektar aus exotischen Blumen schlürfen kann.

Direkt oder indirekt sichert das Gedeihen von Insekten, besonders auch das von den vielen pflanzenfressenden Insekten, das Auskommen fast aller heimischen Wildtiere. Denken Sie an insektenfressende Insekten wie Libellen, aber auch an Vögel, Amphibien, Reptilien, Spinnentiere, kleine Säugetiere, wie Mäuse und Fledermäuse etc. Selbst körnerfressende Vögel, wie Haussperling



oder Distelfink, brauchen zur Aufzucht ihrer Jungen Insekten als proteinreiche Supernahrung.

Jede heimische Pflanze ist eingebunden in das große Nahrungsnetz aller hier lebenden Arten und kann nicht durch exotische Pflanzen ersetzt werden.

Adieu Biodiversität: Dreiviertel weniger Fluginsekten in knapp 30 Jahren!

Jahrhundertlang haben Menschen durch die bäuerliche Landwirtschaft mit ihren Heuwiesen, Hüteweiden, Hecken als Feldeinfriedung, unbefestigten Feldwegen und der Kleinteiligkeit die Biodiversität in Deutschland gefördert. Eine Vielfalt von Strukturen schuf eine Vielfalt von Lebensräumen.

Doch durch die industrielle Revolution und die moderne Landwirtschaft mit ihren Monokulturen, fehlenden Hecken und Bäumen, dem Trockenlegen von Feuchtwiesen, dem Düngen von nährstoffarmen Flächen ist diese Vielfalt vielerorts verloren gegangen. Außerdem bewirkt die Verwendung von Pestiziden, Herbiziden und synthetischen Düngemitteln, dass Insekten und andere Tiere es in der Agrarlandschaft schwer haben.

Alarmierend ist die viel beachtete „Krefelder Studie“ des Entomologischen Vereins Krefeld von 2017: Hier zeigte sich ein Verlust der Biomasse von Fluginsekten von 76,7% in deutschen Schutzgebieten in den Jahren 1989 bis 2016. Dieser katastrophale Insekten-schwund als Teil der weltweiten Biodiversitätskrise wird seitdem durch etliche weitere wissenschaftliche Studien unterstrichen.

Naturnahe Grünflächen – gerade im besiedelten Raum wichtig!

Wegen der intensiven Landnutzung außerhalb der Städte und Dörfer, kann der besiedelte Raum heutzutage oft artenreicher sein als die umgebende Landschaft. Was so wichtig ist für die Biodiversität, ein wechselndes Mosaik aus Bäumen und offenen Flächen mit zahlreichen Übergängen in enger Verzahnung, existiert hier eher als in der Agrarlandschaft. Wenn wir unsere privaten, öffentlichen und gewerblichen Grünflächen naturnah anlegen, also vornehmlich heimische Pflanzen verwenden und tierschonend gestalten und pflegen,

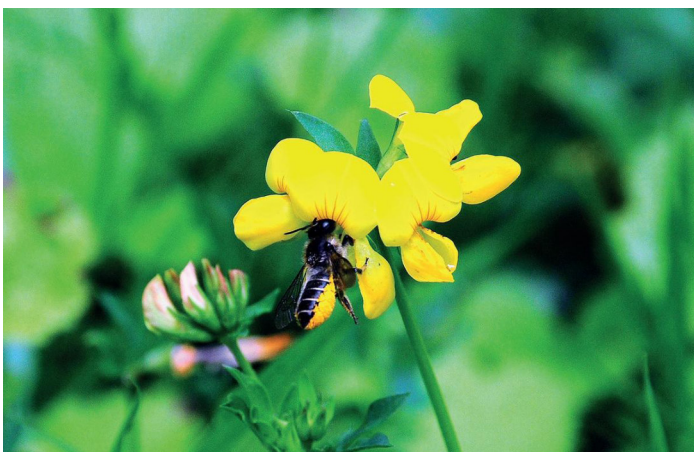
können wir Teil der Lösung der Biodiversitätskrise sein. Natürlich reicht längst nicht allen Tieren der begrenzte Platz im Siedlungsraum, doch gerade viele Insektenarten sind mit ein paar m² unserer Gärten, Friedhöfe und anderen öffentlichen Grünflächen zufrieden. Außerdem können naturnahe Grünflächen im besiedelten Raum Verbindungsstrukturen für die Wanderung von Tierarten sein, sogenannte „Trittsteinbiotop“. Nicht zuletzt lernen wir Bürger und Bürgerinnen durch den Anblick von heimischen Pflanzen und Tieren, durch Lebendigkeit, statt Abstandsgrün in unserer nächsten Umgebung, wie begeistert groß die Freude an der vielfältigen Natur sein kann. Gerade für Kinder ist es wichtig, dynamische Natur und Artenvielfalt in Wohnhausnähe zu erleben. Nur durch Naturerlebnisse werden sie später bereit sein, sich für den Erhalt der Natur einzusetzen.

Endlich Mut zu naturnaher Gestaltung in Alfter

Wir ermuntern die Gemeinde Alfter und ihren Bauhof ausdrücklich, die für 2023 geplante Anlage von Blumenwiesen, Kräuterrasen und Feuchtwiese umzusetzen. Auch unter dem Gesichtspunkt, dass solche Flächen weniger Pflege benötigen und wesentlich hitzeresistenter sind als die traditionell angelegten öffentlichen Flächen.

Wir wünschen uns, dass auch die Friedhöfe stärker als bisher als möglicher artenreicher Lebensraum in den Fokus rücken. Die durch die geänderte Bestattungskultur freiwerdenden Flächen sollten möglichst naturnah gestaltet werden, die Hecken sollten wieder eine Höhe erreichen, dass sie Schutz für Vögel und ihre Nester bieten und der Laubbläser sollte ausrangiert werden: Er tötet Kleinstlebewesen und nimmt Insekten und Co ihre Überwinterungsquartiere.

Anke Wallraff-Beck



Statt Rasen und Beeten: Drei Möglichkeiten Blühflächen zu gestalten

Einjährige Feldblumen **Was ist das?**

Eine bunte Mischung schnellwachsender einjährige Blumen wie Mohn, Kornblume, Saat-Wucherblume, Acker-Vergissmeinnicht, Acker-Ringelblume, Wildes Stiefmütterchen, früher bekannt als Acker-Begleitflora. Muss jedes Jahr neu angelegt werden, da die Blumen einjährig sind und zur Aussaat offenen Boden benötigen.

Nutzen

Verschönert Flächen schnell und kurzfristig, beispielsweise anlässlich eines Sommerfestes, eines Jubiläums etc. Oder schützt Flächen, die auf ihre Endgültige Bestimmung warten, vor der Besiedlung durch konkurrenzstarke Unkräuter. Schnelles Keimen, schnelles Wachsen, schnelles Blühen. Nutzen für Tiere vor allem für blütenbesuchende Insekten, aber nicht für die dauerhafte Ansiedlung von Tieren geeignet.

Pflege

Jedes Jahr umgraben und neu anlegen. In dem Fall möglichst die Samenstände den Winter über noch stehen lassen, damit Vögel und andere Tiere hier noch Winternahrung finden. Oder als Zwischensaat für neue Gehölzpflanzungen oder neue Beete mit mehrjährigen Blumen verwenden.

Blumenkräuterrasen **Was ist das?**

Rasen naturnah. Artenreicher Schurrasen mit belastbarer Grasnarbe, der einen gewissen Anteil von niedrigeren Blumen enthält. Blumen für den Blumenkräuterrasen z.B. Gänseblümchen, Schlüsselblume, Wiesen-Schaumkraut, Gamander-Ehrenpreis, Kriechender Günsel, Kleines Habichtskraut, Hornklee, Gewöhnliche Braunelle, Margerite, Heide-Nelke, Herbst-Löwenzahn. Die Blumen im Rasen werden positiv als Wildkräuter wahrgenommen und nicht als Unkräuter, die bekämpft werden müssen. Der Rasen sieht nicht so gleichförmig aus wie ein konventioneller Rasen, sondern bietet ein Mosaik aus Kleinstrukturen.

Nutzen

Fast so belastbar wie ein konventioneller Schurrasen ohne Blumen, aber mit

weniger Mähen und ohne Dünger, Pestizide und Wässern zu erhalten. Bleibt in Hitzesommern grün. Anders als der konventionelle Schurrasen, der eine besonders naturferne Grünfläche ist, wird der Blumenkräuterrasen ein artenreiches Biotop, das dem früher öfter anzutreffenden mageren Weiderasen entspricht. Nahrungsangebot für blütenbesuchende Insekten und für pflanzenfressende Insekten, z.B. sind Hornschotenklee und weitere Kleearten Raupenfutter für den Hauhechel-Bläuling. Insekten auf Rasenflächen dienen als Nahrung für Vögel, z.B. für Grünspecht, Gartenrotschwanz, Dohlen...

Pflege

Mähen nach Bedarf, seltener als beim konventionellen Rasen (4-8 x im Jahr, je nach Nutzungswunsch und Niederschlag) und nicht so kurz wie beim konventionellen Rasen. Werden Teilflächen von der Mahd ausgenommen, entstehende blühende Inseln, Mosaik-Mahd und Kreativität erwünscht, gerne Teilflächen erst nach der Margeritenblüte mähen. Am schonendsten für Tiere sind Spindelmäher und Balkenmäher. Auch offene Bodenstellen sind ein wichtiger Lebensraum (Lehm für Schwalben und Mauersegler, Habitat für viele Wildbienenarten). Wenn sie nur klein sind, sollten sie nicht nachgesät werden. Der Blumenkräuterrasen muss am Ende der Wachstumsperiode vor dem Winter ein letztes Mal gemäht werden, damit kein Filz aus abgestorbenen Grashalmen entsteht.

Blumenwiese - Was ist das?

Eine ca. kniehoch wachsende sehr bunte, artenreiche Grünfläche, die mit ausdauernden Blumen und Gräsern angelegt wird. Eine mit heimischen Pflanzen angelegte und gezielt gepflegte Blumenwiese ist eine sehr nachhaltige Grünfläche, die wenig Pflege benötigt und mit den Jahren immer schöner wird. Da gibt es dann von April bis Oktober blühende Wiesenblumen zu bestaunen, wie z.B. Wiesen-Schaumkraut, Rote Lichtnelke, Wiesensalbei, Wiesen-Storchschnabel, Wiesen-Witwenblume, Echtes Labkraut, Wiesen-Flockenblume, Schafgarbe, Herbst-Löwenzahn etc.



Nutzen

Für Insekten ist eine Blumenwiese eine Oase, eine Nektar- und Pollenbar! Hier tummeln sich Schmetterlinge, Wildbienen, Käfer und andere Insekten. Gerade die Vielfalt der heimischen Blumen auf einer Blumenwiese stellt sicher, dass für jeden seine Liebblingsspeise dabei ist.

Blumenwiesen dürfen nicht betreten werden, da das Abknicken der Gräser und Blumen die Flächen schädigt. Daher sind sie in der Nutzung eher mit einem großen, sehr pflegeleichten Staudenbeet zu vergleichen. Hier ist der Nutzen für uns Menschen der Anblick der prächtigen, bunten Schönheit und die Lebendigkeit der summenden Insekten. Um Blumenwiesen für Bürgerinnen und Bürger noch besser erlebbar zu machen, können regelmäßig gemähte Rasenwege sie erschließen.

Pflege

Blumenwiesen werden je nach Nährstoffgehalt des Bodens ein bis dreimal im Jahr gemäht, also deutlich seltener als ein konventioneller Schurrasen. Man kann sich dabei an den traditionellen Zeitpunkten der Mahd der Heuwiesen orientieren: Das erste Mal wird gemäht, wenn die Margeriten anfangen zu verblühen (im Mai), das zweite Mal, wenn der Bestand wieder kniehoch gewachsen

ist. Bei nährstoffreichen Flächen kann je nach Witterung eine dritte Mahd im Oktober nötig sein, damit die Wiese kurz in den Winter geht und sich kein Filz aus abgestorbenen Halmen bildet. Idealerweise wird das Mahdgut in einer Schönwetterperiode ein paar Tage auf der Fläche getrocknet, damit die Samen ausfallen und die Wiese sich durch Selbstsaat verjüngen kann. Dann wird es abgeräumt. Auch hier ist ein Balkenmäher für kleine Tiere am schonendsten. Man sollte sich auch nicht wundern, wenn die Wiese bei einem Pflegedurchgang nicht komplett gemäht wird: Wer eine Fläche von der Mahd ausnimmt und erst zu einem späteren Zeitpunkt mäht, verschafft den Insekten auf der Fläche einen Rückzugsort. Das Abweichen von der Gleichförmigkeit konventioneller Grünflächen mag ungewohnt aussehen, schafft aber genau die Mikrostrukturen, die Biodiversität fördern.

Weitere Infos findet man unter: www.naturgarten.org, www.tausendegaerten.de sowie bei youtube einen Film vom Naturgartenverein über „Wilde Pflanzen in Städten und Gärten.“

Anke Wallraff-Beck

Unser Beitrag zur Artenvielfalt: Die Streuobstwiese

Seit dem Frühjahr 2019 betreuen wir als Ortsverband der Grünen in Alfter eine Streuobstwiese am Mittelpfad in Oedekoven. Wir dachten damals vor allem, dass es gut ist, sich nicht nur politisch für Artenvielfalt einsetzen, sondern auch praktisch einen Beitrag zu leisten. Die Pflege dieser Wiese ist zwar arbeitsintensiv, aber ökologisch sehr wertvoll. Es macht auch sehr viel Freude und ist sehr befriedigend, etwas so Sinnvolles zu tun. Auf Streuobstwiesen stehen – wie der Name schon nahelegt – verstreute hochstämmige Obstbäume meist unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Arten und Sorten. Seit den 1960er Jahren wurde in NRW ein Rückgang der Streuobstwiesen um 65% festgestellt. Dadurch steht der Lebensraum „Streu-

obstwiese“ inzwischen auf der „Roten Liste“ der gefährdeten Biotoptypen. Kennzeichnend für Streuobstwiesen ist eine Mehrfachnutzung. Die Bäume dienen der Obsterzeugung (Obernutzung). Die Flächen darunter dienen als Grünland (Unternutzung). Mit bis zu 5000 Tier- und Pflanzenarten stellen Streuobstwiesen einen der artenreichsten Lebensräume in Mitteleuropa dar.

Nachdem wir noch im Winter die Apfelbäume schneiden konnten, wurden in diesem Jahr auch die Kirschbäume, natürlich nach der Ernte, erstmals unter fachkundiger Anweisung geschnitten. Später wurde dann die Wiese gemäht und das Schnittgut auch zum ersten Mal zu Tierfutter weiterverarbeitet. Bei der extremen Hitze und Trockenheit in diesem Sommer

mussten wir unsere kleineren Bäume auch regelmäßig wässern. Ob alle Bäume die Trockenheit überlebt haben, werden wir wohl erst im nächsten Jahr sicher wissen. Der Höhepunkt war natürlich die Apfelernte. Trotz der extremen Trockenheit konnten wir eine große Apfelernte einfahren und haben diese zu über 80 Kisten allerfeinsten Apfelsaft pressen lassen, ein Rekord.

Da es in dieser Gegend durchaus eine größere Population von Mäusebussarden gibt, errichteten wir mit Hilfe des Streuobstwartes Christian Schäfer Ende September zwei Ansitze für Raubvögel auf der Wiese. Ansitze erleichtern den Vögeln die Jagd, insbesondere auf Kleinsäuger. Mit Hilfe der Raubvögel hoffen wir dann, die Wühlmauspopulation in

Schach zu halten und auch die Obstbäume zu schonen. Einer der Ansitze wurde von Herrn Schäfer gespendet. An dieser Stelle nochmals ganz herzlichen Dank, auch im Namen der Greifvögel!

Sabina Glasmacher
Wilhelm Windhuis



S23: Elektrische Triebwagen bereits ab dem Fahrplanjahr 2027?

...doch der weitere Ausbau wird erst bis 2038 fertig

Die Strecke Bonn-Euskirchen ist durch die Hochwasserkatastrophe im Sommer 2021 neben der Eifel-, Erfttal- und Ahraltalbahn schwer beschädigt worden.

Die Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen haben sich mit der DB Netz AG darauf verständigt, die betroffenen Strecken möglichst schnell wiederherzustellen und zu elektrifizieren.

Voraussichtlich wird auf den genannten Strecken, also auch der Strecke Bonn-Euskirchen, bereits ab dem Fahrplanjahr 2027 ein elektrischer Betrieb möglich sein. Dann soll der für die Strecke eher ungeeignete Dieseltriebwagen „LINT“ durch spurtstärkere und umweltfreundlichere Elektrotriebwagen abgelöst werden.

Wermutstropfen allerdings ist, dass der weitere Ausbau der Strecke Bonn-Euskirchen mit der Beseitigung eingleisiger Abschnitte zwischen Kottenforst und Alfter-Witterschlick sowie zwischen Rheinbach und Euskirchen-Kuchenheim erst später erfolgt. Die Zweigleisigkeit ist jedoch Voraussetzung für eine weitere Verdichtung des Angebots.

Daher bleibt es zunächst im Wesentlichen beim aktuellen Fahrtenangebot mit einem 30-Minuten Takt bis Euskirchen, bei dem wie gehabt eine Fahrt nach Bad Münstereifel verlängert wird sowie dem 15-Minuten Takt zwischen Bonn und Rheinbach zu den Hauptverkehrszeiten. Je nach Finanzlage (Regionalisierungsmittel) kann immerhin der 15-Minuten-Takt zwischen Bonn und Rheinbach ausgedehnt werden. Außerdem soll die andere der bislang in Euskirchen endenden Fahrten der S23 bis Kall verlängert werden, was zwar nicht zu kürzeren Fahrzeiten dorthin führt, aber immerhin für Fahrgäste aus der Eifel etwas bequemer ist.

So soll es zunächst mal bleiben bis 2038. Denn erst dann ist die Strecke der S23 nach aktueller Zeitplanung zweigleisig ausgebaut, so dass weitere Verbesserungen im Fahrtenangebot möglich werden:

Ein 20-Minuten-Takt zwischen Bonn und Euskirchen und ein 10 Minuten Takt zwischen Bonn und Rheinbach sollen dann endlich kommen.

Michael Schroerlücke

Grüße vom öffentlichen Bücherschrank

Kennen wir uns schon? Ich stehe, wind- und regengeschützt, am Herrenwingert, neben dem Eingang zur Bank und in der Nachbarschaft der Apotheke. Schon seit zehn Jahren! Da fand ich, es sei Zeit für eine kleine Zwischenbilanz, für ein paar Herzensworte an alte Freundinnen und neue Freunde.

Junge Menschen meines Alters wachsen noch kräftig; mein Äußeres bleibt gleich – es ist mein Innenleben, das sich ständig verändert. Mein Fassungsvermögen ist begrenzt, doch fast jeden Tag kann ich neue Inhalte bieten. Wer genau ich bin, hängt also immer vom Zeitpunkt ab. Ich präsentiere mich so vielfältig und interessant, wie mich die Menschen aus Alfter und Umgebung zuletzt mit Lesestoff befüllt haben. Zum Glück nehmen andere auch Bücher mit nach Hause, sonst wäre ja kein Platz für neue.

Neue? Das meiste, was Sie bei mir finden, wurde mindestens einmal gelesen. Das ist ja auch der Sinn: Man muss nicht alles neu kaufen. Mit meinen Schätzen in jeweils vier Regalfächern auf Vorder- und Hinterseite bin ich eine Protagonistin von Kreislaufwirtschaft und Recycling. Mit neuem Lesestoff rege ich so manche Hirnzelle an. Und inspiriere viele, ein Buch mitzunehmen, auf das sie sonst nie gekommen wären.

Viele freuen sich darüber, dass ich meinen Inhalt verschenke. Auch als öffentlicher Bücherschrank fühle ich ein sinnvolles Leben gut an. Manchmal sagen Leute sogar danke, wenn ich gerade meinen Check-Up bekomme. Jede Woche schaut ein Mensch aus einem fünfköpfigen Bücherschrankteam der Alfterer Grünen meine Bestände durch, mistet unbrauchbare Lektüre aus und stellt alles ordentlich hin. Dann fühle ich mich wieder frisch. Sogar einen großen Regalputz bekomme ich ab und zu.

Zum zehnten Geburtstag darf man sich doch was wünschen? Drei Wünsche hätte ich:

Beglückt mich mit aktuellen, spannenden Büchern. Aber stelle mir keine völlig zerfledderten Liebesromane oder Steuerratgeber von 1997 rein (oder gar in Kisten neben mich). Davon bekomme ich Blähungen und schlechte Laune.

Versteht mich als Bücherschrank – nicht mehr und nicht weniger. Ich bin unter anderem schon mit Spielzeug, verkrizelten Schulheften oder Rührbeinen eines Küchenmixers befüllt worden. Davon bekomme ich Blähungen und...

Bleibt mir gewogen, und nutzt mich weiter kräftig!

Dann kann ich mich jetzt schon auf meinen 20. Geburtstag freuen.

Aufgezeichnet von Kirsten Hungermann



Erster Abschnitt der Radpendlerroute Alfter freigegeben

Das erste Teilstück der Radpendlerroute von Bornheim nach Bonn ist nun mit der Strecke auf Alfterer Gebiet freigegeben worden. Unter Anwesenheit der Bürgermeister aus Alfter und Bornheim sowie der Oberbürgermeisterin aus Bonn wurde der 2,2 km lange Teilstück von Bornheim Brunnenallee bis zur K 12n an der Grenze zu Bornheim freigegeben.

Wilhelm Windhuis (Fraktionssprecher Alfterer Grüne) zeigt sich in einem Gespräch mit der Bonner Oberbürgermeisterin Katja Dörner und der Bornheimer Grünen Fraktionssprecherin Maria Koch erfreut darüber, dass die Radfahrenden nun auf einem ersten Teilstück den direkten Weg nach Bonn antreten können.

Die drei Grünen sind sich aber einig, dass in Bezug auf die Verkehrswende noch mehr und zügiger etwas für die Radfahrenden und den ÖPNV getan werden muss. Leider stehen die Gemeinden aber in Abhängigkeit vom Straßenverkehrsamt in Siegburg. Und hier ist mein Eindruck, dass die Notwendigkeit zur Verkehrswende noch nicht bis dort vorgedrungen ist.

Wilhelm Windhuis



Wilhelm Windhuis im Gespräch mit Katja Dörner und Maria Koch (Grüne Fraktionssprecherin Bornheim)

Haltepunkt Volmershoven nimmt erste Hürde: Integration in den Fahrplan bei Betrieb mit Elektrotriebwagen möglich

... aber Warten auf die Ergebnisse der von den Alfterer Grünen beantragten Potenzialberechnung

Die Strecke Bonn-Euskirchen soll bis zum Fahrplanjahr 2027 elektrifiziert sein, allerdings lässt der Ausbau des eingleisigen Abschnitts zwischen Witterschlick und Kottenforst weiter auf sich warten: Er soll erst 2038 fertig werden.

Im Zuge dieses Ausbaus soll ein Halt in Volmershoven gebaut werden. So fordern es seit 2009 die Alfterer Grünen. Dementsprechend beantragten sie rechtzeitig vor der Vorplanungsphase des Streckenausbaus Anfang 2019 im Alfterer Rat, dass die Gemeinde im Rahmen der Vorplanungen eine Potenzialberechnung für einen Halt in Volmershoven beim Zweckverband Nahverkehr Rheinland fordern soll.

Diese wird jetzt durchgeführt. Allerdings liegen bislang noch keine Ergebnisse vor.

Eine wichtige Hürde hat der Haltepunkt allerdings schon genommen: Er lässt sich durch den Einsatz von Elektrotriebwagen, die deutlich spurtstärker sind als der aktuell eingesetzte Dieseltriebwagen „LINT“, in den Fahrplan integrieren. Damit wäre eine Voraussetzung schon erfüllt.

Volmershoven braucht den Haltepunkt auf jeden Fall. Schließlich fährt die

Buslinie 800 nur stündlich, also viel seltener als die S23 und die Fahrzeit nach Bonn ist wesentlich länger.

Das bislang vorhandene Angebot durch die Linie 800 ist auch deutlich schlechter als das im übrigen Gemeindegebiet. Eine umfangreiche Verbesserung des Nahverkehrsangebots ist daher dringend erforderlich!

Michael Schroerlücke



Impressum:

HerausgeberIn:

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
Ortsverband Alfter
Ratsfraktion Alfter
www.gruene-alfter.de

Redaktion: Michael Schroerlücke
Mechtild Wallraff-Kaiser
Wilhelm Windhuis

V.i.S.d.P.: Michael Schroerlücke
Lorenweg 48
53347 Alfter

Wilhelm Windhuis
Buschhovener Straße 35b
53347 Alfter

Redaktionschluss: 10. Dezember 2022

Satz, Druck: DWGV Litterscheid
Von-Weichs-Str. 23
53121 Bonn

Sterne: © shutterstock_772265833

Auflage: 10.500 Exemplare